

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Postnummer
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 162.

Montag, 15. Juli 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasernenstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Im Hotel zum „Kronprinz“ hier kommt

Donnerstag, den 18. Juli 1895,

Vorm. 9 Uhr,

1 Schreibtisch, 1 Sopha und 1 Kommode mit Aufschlag gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.

Riesa, 13. Juli 1895.

Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsgerichts.
Eckh. Sidam.

Bekanntmachung.

Die **Gemeindeanlagen** auf den 2. Termin laufenden Jahres sind baldigst, längstens aber

bis zum 1. August dieses Jahres

bei Vermeidung zwangsweiser Beitreibung an die hiesige Stadthauptkasse abzuführen.
Riesa, am 15. Juli 1895.

Der Stadtrath.

Schwarzberg, Stadtrh.

Dungsh.

Die Emser Depesche.

Die auch neuerdings in der Tagesdiskussion wieder eine Rolle gespielt hat, feierte am 13. d. ihren fünfundsiebzigjährigen Gedenktage. Bismarck war 1870 während der kritischen Zeit in Berlin und am 12. Juli betrachtete er den Frieden wieder gesichert, nachdem der Erbprinz von Hohenzollern auf die spanische Thronkandidatur verzichtet hatte.

Aber der sonst so scharf blickende Staatsmann hatte außer Acht gelassen, daß die französische Kriegspartei den Krieg um jeden Preis haben wollte. Mit der natürlichen Erledigung der Angelegenheit, wie sie der Verzicht des Hohenzollernprinzen tat, war den Franzosen nicht gedient, zum Mindesten wollten sie noch eine besondere Demütigung des ihnen seit Döppel und Königgrätz besonders verhassten Preußen herausgeschlagen und deshalb mußte Benedetti in Ems vom König Wilhelm das förmliche Versprechen verlangen, daß dieser auch in Zukunft nie seine Einwilligung zur Annahme der spanischen Krone durch den Prinzen Leopold geben werde.

König Wilhelm, der den Botschafter am 13. Juli auf der Promenade angesprochen hatte, um ihn über die eben eingetroffene Zeitungsfunde von der Entfagung Leopolds mitzutheilen, wies das Verlangen des französischen Gesandten mit den Worten zurück, daß er ein solches Versprechen weder geben könne noch wolle, daß übrigens auch die Promenade nicht der geeignete Ort zu solchen Verhandlungen sei. Das geschah alles in den höflichsten Formen. Benedetti aber hatte am Vormittag ein Telegramm von dem französischen Minister des Aeußern, dem damaligen Herzog von Gramont, welcher die Seele der französischen Kriegspartei war, erhalten mit der Anweisung, auf einer auch für die Zukunft geltenden Erklärung des Königs von Preußen zu bestehen. Als nun nachmittags um 2 Uhr der Flügeladjutant des Königs, Fürst Radziwill, dem französischen Botschafter die förmliche Mitteilung machte, daß der König durch die inzwischen eingetroffene Bestätigung von der Verzichtleistung des Prinzen Leopold die spanische Thronangelegenheit für erledigt ansehe, verlangte Benedetti gleichwohl zur Audienz beim König zugelassen zu werden, sei es auch nur, um die eben gehörten Worte nochmals zu vernehmen. König Wilhelm war geduldig genug, den Fürsten Radziwill wieder zu Benedetti zurückzuschicken und ihm mitteilen zu lassen, er, der König, habe nichts dagegen, wenn Benedetti nach Paris telegraphire, daß der König von Preußen den Verzicht Leopolds gebilligt habe. Benedetti aber forderte wiederholt eine Audienz, und da wurde ihm denn Abends um 6 Uhr der endgültige Bescheid zu Theil, daß der König die Entfagung des Prinzen ebenso billige, wie er Anfangs seine Kandidatur gebilligt habe; daß er aber entschieden weitere Erörterungen über bindende Versicherungen für die Zukunft ablehnen müsse, daß das, was er am Vormittag über diesen Punkt gesagt, sein letztes Wort in dieser Sache sei; und daß alle weiteren Verhandlungen von nun an durch die Ministerien zu gehen hätten.

Höflich, aber fest, hatte König Wilhelm die französische Zudringlichkeit zurückgewiesen und sofort eine telegraphische Mitteilung der Vorgänge an Bismarck gelangen lassen, und dieser theilte sie in der historisch berühmten Schlusssform der Deffentlichkeit mit: „Seine Majestät der König hat es darauf abgesehen, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.“

Diese kurze Darstellung entspricht, der Höflichkeitstheorie entkleidet, den wirklichen Vorgängen und von einer „Fälschung der Emser Depesche“ kann mit gutem Recht nicht gesprochen werden, selbst wenn man sich auf die Worte Nothkes beruft, daß das Original eine Chamade (Rückzugssignal), die Bismarck'sche Wiedergabe aber eine Fanfare (Angriffssignal) ge-

wesen sei. Die Absicht der Franzosen, Preußen zu demüthigen, lag unabweisbar vor und nachdem König Wilhelm durch sein festes Auftreten diese Absicht durchkreuzt hatte, war der Kriegsfall gegeben, denn die Franzosen wollten ihn eben. „Es kann der Frommste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“

Ohne die markigen Worte der Bismarck'schen Fassung hätte die Masse des Volkes gewiß gar nicht deutlich verstanden, um was es sich handelte. Es ist daher nur eine tendenziöse Abersinnung, die „Emser Depesche“ Bismarck's als eine Herausforderung an die Franzosen zu bezeichnen, worauf diese alsdann mit der Kriegserklärung geantwortet hätten. Nein, die Herausforderung lag einzig und allein auf französischer Seite.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Nach amtlicher Bekanntmachung wird der Kaiser-Wilhelm-Kanal vom 18. d. Mts. an für Schiffe bis zu 6 Meter Tiefgang geöffnet.

Aus Tullgarn vom 14. d. wird gemeldet: Heute Vormittag hielt der Kaiser Gottesdienst an Bord der „Hohenzollern“ ab, dem die kronprinzlich-schwedischen Herrschaften beiwohnten. Gestern Abend war Prinz Eugen vor gekommen, um sich bei Sr. Maj. in der ihm kürzlich verliehenen Uniform der 8. Dragoner zu melden. Nach dem Gottesdienst fand an Bord der „Hohenzollern“ ein gemeinschaftliches Frühstück mit d'n kronprinzlich-schwedischen Herrschaften statt, wobei der Kronprinz das Wohl des Prinzen Adalbert aus Anlaß von dessen Geburtstage ausdrückte.

Ueber die Zulassung von Frauen zu den Vorlesungen an der Universität Berlin wird in der „Chronik“ der Universität Folgendes mitgetheilt: „Durch verschiedene Ministerialerlasse ist ausgesprochen, daß bei der Frage wegen Zulassung von Frauen zum Besuch von Vorlesungen bei der Berliner Universität, vorbehaltlich der Prüfung aller sonstigen Erfordernisse, insbesondere auch der genügenden Vorbildung, und vorbehaltlich der Einholung des Einverständnisses der betreffenden Lehrer, aus der Geschlechtsangehörigkeit ein Bedenken nicht herguleiten ist.“

Die „Nationalz.“ erzählt, daß der Unterstaatssecretär im Reichsamt des Innern, Dr. von Rottenburg, wegen andauernder Krankheit seine Entlassung nachgesucht und erhalten habe. Dr. von Rottenburg wurde am 2. Februar 1891 zum Unterstaatssecretär im Reichsamt des Innern ernannt. Vor seiner Ernennung war er vortragender Rath in der Reichskanzlei.

Ein neuer schwerer Schlag trifft jetzt wieder viele Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenbezirks. Es bestand hier mehrere Jahre der Consum-Berein „Glück auf“, dem etwa 3000 Bergleute der verschiedensten Reviere angehörten und der an vielen Plätzen, zuletzt 18 Filialen hatte. Dieser Verein, der von nicht kaufmännisch gebildeten Socialdemokraten geleitet wurde, ist in Concurs gerathen. Der Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter hatte dem Consumverein den größten Theil seiner Baarmittel, 16000 M., als Betriebscapital überlassen, die nun verloren sind. Außerdem ist aber noch ein Fehlbetrag von 18000 M. zu decken. Die haftenden Mitglieder werden nun von der Concursverwaltung zur Deckung dieser namhaften Summe herangezogen werden. Wahrscheinlich wird die Hälfte der Genossenschaftler nicht zahlen können. (Fest. J.)

Die Mitteilung, daß der kaiserliche Kommissar Dr. Peters vom Reichskanzler die Aufforderung erhalten habe, sich an den Tanganjika zu begeben, wird von der „Kreuz.“ bestätigt. Ehe Dr. Peters dorthin abreist, hat er einen dreimonatlichen Urlaub zur Beseitigung eines Augenleidens. Die „Kreuz.“ schreibt hierzu noch: Die Bestallung des zum „Landeshauptmann“ ernannten Dr. Peters ist vom Mai da-

tirt. Er erhält ein Gehalt von 25000 M. und bekommt einen selbständigen Wirkungskreis, der ihn vom Gouverneurat ziemlich unabhängig macht.

Nach einer Anordnung des preussischen Eisenbahnministers wird nunmehr die Prüfung der Fahrarten an den Ein- und Ausgängen der Bahnhöfe und die hierdurch bedingte Absperrung der Bahnsteige für den allgemeinen Verkehr vom 1. October d. J. ab auf den sämtlichen Hauptstrecken und wichtigeren Nebenbahnen der preussischen Staatsbahnen eingeführt. Gleichzeitig soll dafür gesorgt werden, daß die Namen der Stationen in reichlicherem Maße als bisher angebracht werden, damit die Reisenden, die fortan mehr auf sich selbst angewiesen sein werden, dieselben vom Zuge aus bequem zu erkennen vermögen.

Die deutsche Botschaft in London erhielt folgende Weisung bezüglich des Besuches des deutschen Kaisers: Bei seiner Ankunft in Dover wird der Kaiser vom Grafen Hayfeldt empfangen werden. Die „Hohenzollern“ geht dann nach Cowes. Der Kaiser wird mit seiner neuen Yacht an den Rennen theilnehmen. Am folgenden Sonnabend wird sich der Kaiser nach Northumberland begeben und dann nach Schottland gehen, um dort zu jagen.

Wie der „Hamb. Korr.“ erfährt, sind die von bimetallicischer Seite vor einiger Zeit ausgesprochenen Andeutungen, der Kaiser sei in der Währungsfrage in seiner bisherigen Ansicht schwankend geworden, unrichtig. Der Kaiser sei noch wie vor Anhänger der Goldwährung. Die vielbemerkte Rede des Reichsbankpräsidenten Koch im preussischen Herrenhause gegen den Antrag Mirbach habe in der Sache den kaiserlichen Anschauungen entsprochen. Freilich, fügt der Gewährsmann des „Hamb. Korr.“ hinzu, fehlt es nicht an Bemühungen, den Kaiser in bimetallicischem Sinne zu belehren und zu bekehren.

Die „Post“ berichtet über außerordentliche militärische Uebungen. Es werden auf den großen Truppenübungsplätzen demnächst bei acht Armeecorps umfangreichere Uebungen mit gemischten Waffen stattfinden. Der Uebung des 10. Armeecorps, die am 15. d. M. auf dem Truppenübungsplatz Wänsler in der Lüneburger Heide beginnt, wird unter anderen höheren Offizieren auch der Kriegsminister General der Infanterie Bronsart von Schellendorff beiwohnen, der, um an dieser Uebung des früher von ihm commandirten Corps theilzunehmen, seinen Urlaub für einige Tage unterbrechen wird.

Luzernburg. Das Großherzogthum Luxemburg war, wie uns von dort geschrieben wird, bis jetzt auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung sehr weit zurückgeblieben. Von staatlicher Arbeiterversicherung hat man im Lande noch keine Ahnung. Nunmehr hat die Kammer, um einem längst gefühlten Mangel abzuhelfen, vorläufig wenigstens ein Gesetz über die Auszahlung der Arbeitslöhne angenommen. Manche Unternehmer pflegten bisher nur einen Theil der Löhne auszuzahlen, so daß die Arbeiter gezwungen waren, Waaren in einem sogenannten „Detonmar“ zu entnehmen. Die hierdurch entstandenen Mißbräuche sucht das neue Gesetz zu beseitigen, indem es vorerst bestimmt, daß die Löhne der Arbeiter in Metallgeld oder Papiergeld auszubezahlt werden müssen und daß etwa gelieferte Waaren nur zum Ankaufspreis angerechnet werden dürfen. Ferner verbietet das Gesetz die Auszahlung der Löhnungen in Wirtschaften und anstoßenden Gebäulichkeiten. Dieses Gesetz betrifft nicht die landwirtschaftlichen Arbeiter noch die Knechte, noch überhaupt die Arbeiter, die bei ihren Arbeitgebern Kost und Wohnung erhalten. Das Gesetz vom 10. Mai 1892 über die bedingte Beurtheilung findet auf die Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz keine Anwendung.

Oesterreich. In Graz fand am Sonnabend eine Versammlung der gesammten Grazer Reichsrathswähler zum Zwecke einer Entrüstungsgedebung über den nationalen Verrath der Deutschösterlichen bei der Beschlußfassung über die Errichtung eines slowenischen Gymnasiums in der deutschen Stadt Gail statt. Aus allen Theilen des Landes gelangten